

Datenschutzhinweise im Zusammenhang mit der Beantragung und Gewährung von Rechtsschutz durch das Sozialgericht Detmold

Verantwortlich für die Datenverarbeitung:

Sozialgericht Detmold
Richthofenstraße 3
32756 Detmold

Tel.: 05231 704-0
Fax: 05231 704-204

Datenschutzbeauftragte/r:

D. Datenschutzbeauftragte/r des Landessozialgerichts Nordrhein-Westfalen und der Sozialgerichte des Landes Nordrhein-Westfalen am

Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen
Zweigertstraße 54
45130 Essen

Tel.: 0201-7992-1
Fax: 0201-7992-7302
E-Mail: DSB@lsg.nrw.de

Ihre Daten werden für Zwecke der Durchführung eines gerichtlichen Verfahrens sowie ggf. eines Prozesskostenhilfverfahrens verarbeitet. Nach Abschluss des gerichtlichen Verfahrens sowie ggf. des Prozesskostenhilfverfahrens werden Ihre Daten für im öffentlichen Interesse liegende Archivzwecke bis zum Abschluss der für die jeweilige Aufgabenerfüllung bestehenden gesetzlichen Aufbewahrungsfrist nach Maßgabe der Verordnung über die Aufbewahrung von Schriftgut in der Justiz und Justizverwaltung des Landes Nordrhein-Westfalen (AufbewahrungsVO NRW) aufbewahrt. Die gerichtliche Entscheidung kann - nach Maßgabe der Anonymisierungsrichtlinie in der Fassung vom 05.11.2018 (bekannt gegeben durch Erlass vom 05.11.2018 - 1544 - JK 17) - in der landeseigenen Rechtsprechungsdatenbank NRWE veröffentlicht werden. Die Rechtsgrundlage hierfür ergibt sich aus Art. 6 Abs. 1 S. 1 lit. e) - ggf. i. V. m. Art. 9 Abs. 2 lit. g) - DSGVO i. V. m. § 3 Abs. 1 DSG NRW i. V. m. dem Erlass des Justizministeriums vom 14.05.2003 - 1544 - JK 17.

Rechtsgrundlage der Datenverarbeitung sind Art. 6 Abs. 1 Buchst. c) und e) sowie Art. 9 Abs. 2 Buchst. f) der Verordnung (EU) 2016/679 (Datenschutz-Grundverordnung – DSGVO), das Sozialgerichtsgesetz (SGG), das Bundesdatenschutzgesetz (BDSG), das Sozialgesetzbuch (SGB I bis XII) und das Datenschutzgesetz NRW (DSG NRW).

Ihre personenbezogenen Daten werden im Zuge des Gerichtsverfahrens weitergegeben an

- die übrigen Beteiligten des Gerichtsverfahrens und deren Bevollmächtigte
- die Gerichtsverwaltung, soweit eine Zuständigkeit im Zusammenhang mit Ihrem Verfahren bestehen sollte

- den Zentralen IT-Dienstleister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen – ITD- (Anschrift: Die Präsidentin des Oberlandesgerichts - Zentraler IT-Dienstleister der Justiz des Landes Nordrhein-Westfalen-, Reichenspergerplatz 1, 50670 Köln), soweit dort Daten im Auftrag verarbeitet werden (Art. 28 DS-GVO)
- sofern und soweit erforderlich Sachverständige und Dolmetscher/Übersetzer.

Wenn im jeweiligen Einzelfall die gesetzlichen Voraussetzungen vorliegen, haben Sie nach der Datenschutz-Grundverordnung folgende Rechte:

- Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten (Art. 15 DS-GVO)
- Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten (Art. 16 DS-GVO)
- Löschung personenbezogener Daten (Art. 17 DS-GVO)
- Einschränkung der Verarbeitung (Art. 18 DS-GVO)
- Widerspruch gegen die Verarbeitung (Art. 21 DS-GVO)

Die Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland oder des Landes Nordrhein-Westfalen können vorsehen, dass die nach der Datenschutz-Grundverordnung bestehenden Rechte beschränkt werden (Art. 23 DS-GVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft das Gericht, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür im Einzelfall erfüllt sind.

Es besteht ein Beschwerderecht bei der Landesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit Nordrhein-Westfalen, Kavalleriestr. 2 - 4, 40213 Düsseldorf.